

die Wahl nicht an. Für ihn wurde in einer späteren Sitzung der Abg. Josef Marger gewählt.

Mit Rücksicht auf die nach ihrer Ansicht verfassungswidrige Beschlussfassung erklärten der Präsident, Kanonikus Büchel und Joh. Wohlwend ihre Mandatsniederlegung.

Am 12. November fand unter dem Voritze des Vizepräsidenten Wasser eine Landtagsitzung statt, in welcher des 60-jährigen Regierungsjubiläums unseres Fürsten gedacht wurde. Herr Dr. Ritter entwickelte als Vorsitzender des Vollzugsausschusses ein vielerlei versprechendes Regierungsprogramm und gab dabei die Erklärung ab, daß er den Vorgang vom 7. November für geseglich halte und daß der Landesverweser v. Imhof in anerkennenswerter Weise der neuen Strömung entgegen gekommen sei.

In der Sitzung vom 14. November wurden den Landesangestellten nachträgliche Anschaffungsbeiträge für das Jahr 1918 und eine Teuerungszulage von je 2000 Kronen, gleichwie welcher Gehaltsklasse zuerkannt. Der Gemeinde Triesen bewilligte der Landtag zu einer Straßenerstellung einen Landesbeitrag von 2000 Kronen.

Mittlerweile begaben sich der Vorsitzende des Vollzugsausschusses Dr. Ritter und der zurückgetretene Landesverweser v. Imhof nach Wien mit der Absicht, den Landesfürsten zu veranlassen, den Herrn Dr. Ritter zum Landammann des Fürstentums zu ernennen, was jedoch nicht glückte, trotzdem verschiedene Pressionsmittel versucht worden waren. In einem Telegramm vom 18. November waren der gewesene Präsident Dr. Albert Schaedler und Kanonikus Büchel vom Fürsten zu einer Rücksprache eingeladen worden und begaben sich deshalb nach Wien. Hier konnte festgestellt werden, daß zwar die Demission des Landesverwesers v. Imhof vom Fürsten anerkannt worden war, daß aber der Fürst die Uebernahme der Amtsgeschäfte durch den provisorischen Vollzugsauschuß nur mit Vorbehalt zur Kenntnis genommen hatte, während im Lande verbreitet worden war, daß die fürstliche Genehmigung des Vollzugsausschusses stattgefunden habe.

Die Sachlage war nun kritisch geworden. Am 2. Dezember sollte eine Landtagsitzung stattfinden. Die „Volkspartei“ resp. deren Führer und Preßorgan hatten von den bisherigen Erfolgen der „Politik der Straße“ dazu aufgemuntert, ihre Genossen wieder